

Aufarbeitung der Corona-Pandemie?

Enquete-Kommission angeregt – bisher aber nicht beantragt

Die Corona-Pandemie gilt als beendet, die letzten noch geltenden Schutzmaßnahmen wie Maskenpflicht für Besucher*innen in Krankenhäusern und Pflegeheimen sind zum 7. April ausgelaufen. Diverse Fachleute sowie Politiker*innen aus FDP und CDU fordern, das Pandemie-Management systematisch aufzuarbeiten und zu bewerten. Ob es tatsächlich dazu kommt, ist ungewiss.

Der erste Vorstoß kam, drei Jahre nach Beginn des politischen Corona-Managements, von der FDP-Bundestagsfraktion. »Wir dürfen die Corona-Politik nicht klammheimlich unter den Teppich kehren«, sagte ihr gesundheitspolitischer Sprecher Andrew Ullmann am 27. Februar. »Die nächste Pandemie könnte sonst unser nach wie vor immungeschwächtes Gesundheitssystem und unsere Sozialgefüge gänzlich ruinieren.« Mit diesen Worten begründete Ullmann, warum die Liberalen »dringend« die Einrichtung einer Enquete-Kommission »Pandemie« fordern.

Aufgabe dieses Gremiums, das aus Wissenschaftler*innen und Politiker*innen bestehen würde, soll es laut einem FDP-Positionspapier sein, die Folgen und Ergebnisse der in der Pandemie getroffenen Entscheidungen und Maßnahmen zu analysieren und zu bewerten, inklusive der Langzeitauswirkungen. »Dies betrifft insbesondere die psychische Gesundheit und die Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche sowie soziale und wirtschaftliche Folgen«, schreibt die FDP. Zu beleuchten sei auch das »Management der Beschaffung und Lagerung von Masken, Tests und Schutzkleidung« einschließlich der »Ordnungsgemäßheit der Auftragsvergabe«. Untersucht und bewertet werden müsse im Nachhinein außerdem, wie wirksam und verhältnismäßig »sehr weitreichende Grundrechtseingriffe« gewesen seien, etwa »Besuchsverbote, einsames Sterben in Einrichtungen, die Schließung von Kitas und (Hoch)Schulen«.

Kampf um Deutungshoheiten?

Nach dem Zeitplan der FDP sollte die Enquete-Kommission »spätestens im Herbst 2024 ihre Ergebnisse und Handlungsempfehlungen vorlegen«. Bisher ist aber nicht mal sicher, ob es die Kommission überhaupt geben wird, bis Mitte Juni war deren Einrichtung jedenfalls noch nicht im Parlament beantragt worden, auch nicht von der FDP. Dabei ist die Hürde nicht sehr hoch: Auf Antrag eines Viertels seiner Mitglieder ist der Bundestag verpflichtet, eine Enquete-Kommission einzusetzen.

Grundsätzliche Zustimmung zur Enquete-Idee hat der CDU-Gesundheitspolitiker Tino Sorge signalisiert. Anders äußerten sich einflussreiche Politiker*innen aus den Koalitionsreihen. Der gesundheitspolitische Sprecher der Grünen, Janosch Dahmen, ist gegen eine Pandemie-Enquete, »es besteht die Gefahr«, sagte Dahmen Ende April der *Neuen Osnabrücker Zeitung (NOZ)*, »dass es am Ende eher ein Kampf um Deutungshoheiten und nachträgliche Schuldzuweisungen wird und damit weiteres Vertrauen in der Bevölkerung verloren geht«. Dirk Wiese, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD, sieht eine solche Kommission nicht als »Weisheit letzter Schluss«, hält deren Etablierung aber für denkbar, wenn es dafür einen »breiten Konsens« im Bundestag geben sollte.

»Offener Brief«

Am 20. April veröffentlichten dann 37 Wissenschaftler*innen einen »Offenen Brief«, der die »Einsetzung einer Kommission zur Aufarbeitung der Corona-Pandemie« durch den Bundestag fordert. Die bisherige Reflexion über die Pandemie sei »zu punktuell und zu sehr vom Streben nach politischer und medialer Meinungshoheit geprägt« gewesen, heißt es in der vom Medizinstatistiker Gerd Antes initiierten Erklärung, die mittlerweile über 550 Menschen aus dem Gesundheitswesen unterschrieben haben. Professor Antes und seine Mitstreiter*innen fordern unter anderem, »Transparenz, Evidenzbasiertheit und Effizienz von Entscheidungs- und Fehlerkorrekturprozessen« zu untersuchen. Auf den Prüfstand gehören auch die »Qualität wissenschaftlicher Politikberatung« während der Pandemie sowie das »Zusammenspiel von Exekutive, Legislative und Judikative sowie Wissenschaft und Medien«. Zudem müsse die Kommission, die transparent und öffentlich agieren solle, »Beispiele guter Krisenbewältigung auf nationaler und internationaler Ebene« herausarbeiten.

»Wir wünschen uns im Sinne des gesellschaftlichen Friedens und im Interesse einer konstruktiven Nachbereitung der Pandemie breite, überparteiliche Unterstützung für die Einrichtung einer solchen Kommission«, steht in dem Offenen Brief, nachzulesen im Wortlaut unter <https://pandemieaufarbeitung.net/>. Die Nachbereitung der Pandemie, meinen die Unterzeichner*innen, »erfordert ebenfalls ein erhebliches, auch selbstkritisches Engagement der deutschen Wissenschaftsgemeinschaft«.

Klaus-Peter Görlitzer

»Unvoreingenommene Rückschau sinnvoll«

Das EbM-Netzwerk, gegründet im Jahr 2001, zählt mittlerweile rund 1.000 Mitglieder aus verschiedenen Bereichen und Berufen im Gesundheitswesen. Erklärtes Ziel der Netzwerker*innen ist es, »Konzepte und Methoden einer evidenzbasierten und patientenorientierten Medizin in Praxis, Lehre und Forschung zu verbreiten und weiter zu entwickeln«. Seit 2020 hat sich die Vereinigung auch wiederholt kritisch zu Maßnahmen des Corona-Managements positioniert (→ *BIOSKOP* Nr. 91). Am 21. April 2023 veröffentlichte die Organisation mal wieder eine Pressemitteilung zum Thema, die Botschaft: »Zahlreiche Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen fordern, dass eine Kommission das Management der Corona-Pandemie systematisch aufarbeitet (<https://pandemieaufarbeitung.net/>). Auch das EbM-Netzwerk hält eine unvoreingenommene Rückschau für sinnvoll.« Zu prüfen sei, »welche Stärken und welche Schwächen das Pandemie-Management in Deutschland hat erkennen lassen«, ein solches Vorgehen sei »auch für die Vorbereitung auf zukünftige Pandemien unverzichtbar«. Den »Offenen Brief« hätten auch »namhafte Mitglieder des EbM-Netzwerk« mitverfasst; die Pressemitteilung des Vereins nennt die Professor*innen Gerd Antes, Gabriele Meyer, Ingrid Mühlhauser und Jürgen Windeler und fügt hinzu: »Alle vier waren in der Vergangenheit Vorsitzende des EbM-Netzwerks.«